

Staatliches Studienseminar
für das Lehramt an Gymnasien Koblenz
Studienreferendar

Koblenz, den 24.05.2023

Unterschrift

Entwurf für den 3. Unterrichtsbesuch im Fach Geschichte

Schule:
Klasse: LK MSS 12
Datum: 25.05.2023
Stunde /Uhrzeit: 2. Std. (8.40 Uhr – 9.25 Uhr)
Raum: 220
Besprechungsraum: am 26.05 um 8 Uhr im Seminar
Seminarvertretung:
Fachleitung:
Fachlehrer*in:
Schulische Ausbildungsleitung:

Thema der Unterrichtsreihe:

Die NS-Außenpolitik. Ohne Ausweg in den „Weltenbrand“?

Thema der Unterrichtsstunde:

Verhinderung oder Aufschub des Krieges? – Die Appeasement-Politik.

Hiermit erkläre ich, dass ich den vorliegenden Entwurf selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen erstellt habe.

Koblenz, den _____

Unterschrift

Hauptintention:

Die Schülerinnen und Schüler sollen die Appeasement-Politik diskutieren.

Kompetenz:

Urteilskompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler können die Appeasement-Politik beurteilen.

1. Lernvoraussetzungen

1.1 Die Lerngruppe

Den Geschichtsleistungskurs der Jahrgangsstufe 12 unterrichte ich seit Anfang Mai angeleitet. Der Kurs besteht aus 14 Schülerinnen und Schülern. Eine Schülerin und zwei Schüler sind mir bereits aus dem angeleiteten Unterricht im Chemie Leistungskurs bekannt. Eine Gruppe von ungefähr fünf bis sechs Schülerinnen und Schülern¹ beteiligt sich konstant und mit qualitativ weitreichenden Beiträgen am Unterricht. Aus diesem Kreis zeichnen sich zwei bis drei SuS durch qualitativ hochwertige Äußerungen aus. Wiederum beteiligten sich ca. vier SuS nur sehr wenig. Einige dieser Lernenden wurde von mir gezielt drangenommen, um sie am Unterrichtsgeschehen teilhaben zu lassen. Um allen SuS die aktive Teilnahme zu ermöglichen, werden die leistungsstärksten SuS nicht zuerst drangenommen. Insgesamt ist der Kurs als leistungsstark einzuschätzen. Die SuS zeigen ihr Interesse durch gezielte Nachfragen und rege Diskussionen. Bei den Diskussionen ist ebenfalls darauf zu achten, dass nicht die stärksten SuS zu Wort kommen. Hier hat sich bewährt, zuerst ein leistungsschwächeres Kursmitglied dranzunehmen. In der letzten Woche vor dem Unterrichtsbesuch wurde der Kurs von mir allein unterrichtet, da der Fachlehrer mit seiner Klasse auf Klassenfahrt war. Am Tag vor dem Unterrichtsbesuch liegt die letzte Kursarbeit. Bei der UB-Stunde handelt es sich also um die einzige Geschichtsstunde für die SuS in der Woche vor den Pfingstferien. Insbesondere der Umstand der Kursarbeit muss von mir bei der Planung der Stunde berücksichtigt werden, da sich die SuS verständlicherweise auf ihre Kursarbeit fokussieren.

1.2. Interdependenz der Stunde

Reihentitel: Die NS-Außenpolitik. Ohne Ausweg in den „Weltenbrand“?

LE	Thema	Hauptintention und Kompetenz	Geschichtsbewusstsein und Stundentyp
1.	Die Grundlage der NS-Ideologie – Zwischen Kontinuität und Radikalität.	Die SuS sollen die Grundlage der NS-Ideologie erklären. Interpretationskompetenz	Identitätsbewusstsein Kontexttyp

¹ Ab hier mit SuS abgekürzt.

2.	Zwei Seiten einer Medaille? Die internen Ziele der NS-Außenpolitik am Beispiel der Überlieferungen Curt Liebmanns und Hitlers „Friedensrede“.	Die SuS sollen die beiden Quellen zur NS-Außenpolitik vergleichen. Interpretationskompetenz	Wirklichkeitsbewusstsein Profilierungstyp
3.	Zwischen Revision und Expansion. Die NS-Außenpolitik von 1933 bis 1939.	Die SuS sollen die NS-Außenpolitik von 1933 bis 1939 erläutern. Narrative Kompetenz	Wandelbewusstsein Prozesstyp
4.	Verhinderung oder Aufschub des Krieges? – Die Appeasement-Politik. (UB)	Die SuS sollen die Angemessenheit der Appeasement-Politik beurteilen. Urteilskompetenz	Politisches Bewusstsein Problemstyp
5.	Eroberung im Sturm? Der Beginn des 2. Weltkrieges als „Blitzkrieg“.	Die SuS sollen Folgen der ersten Kriegsjahre beurteilen. Urteilskompetenz	Ökonomisch-soziales Bewusstsein Kontextstyp

2. Fachgegenstand

Die NS-Außenpolitik war von Beginn an auf Expansion ausgelegt. Dabei spielten das Militär und der Einsatz von Gewalt eine tragende Rolle. Die Aufzeichnungen Curt Liebmanns zeigen bereits wenige Tage nach dem Antritt Hitlers als Reichskanzler dessen außenpolitischen Vorstellungen.² In der Öffentlichkeit wurden hingegen die friedlichen Absichten betont. Die Rede Hitlers am 17. Mai 1933 vor dem Reichstag stand den eigentlichen Zielen diametral gegenüber.³ Die NS-Außenpolitik versuchte ihre eigentlichen Ziele mit diplomatischen Schachzügen zu verschleiern. Noch 1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus und verließ die entsprechende Abrüstungskonferenz. In diesen Kontext fallen neben der bereits erwähnten „Friedensrede“ auch der Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion und der „Viererpakt“ mit Großbritannien, Frankreich und Italien sowie der Nichtangriffspakt mit Polen aus dem Jahr 1934.⁴ Gleichzeitig verstieß die Außenpolitik der Nationalsozialisten ganz offen gegen die Bestimmungen des Versailler-Vertrags. In den anschließenden Jahren erfolgten mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht, der Remilitarisierung des Rheinlandes und dem Flottenabkommen mit Großbritannien weitere Entscheidungen, welche dem Versailler-Vertrag widersprachen. Die britische Regierung unterminierte mit dem Flottenabkommen den Friedensvertrag

² Aufzeichnungen Curt Liebmanns zu Hitlers Ausführungen am 3. Februar 1933 vor Befehlshabern des Heeres und der Marine, zit. nach Hofer, S. 180.

³ Wendt 2000, S. 109f.

⁴ Brechtken, S.123ff.

von 1919, auf dessen Einhaltung sie eigentlich zu achten hatte.⁵ Die Westmächte Frankreich und insbesondere Großbritannien versuchten mit der als Appeasement bezeichneten Politik, die deutsche Regierung zu beschwichtigen und einem offenen kriegerischen Konflikt deeskalierend entgegenzuwirken. Bei den hier bereits beschriebenen Verstößen gegen den Versailler-Vertrag blieb ein direktes Einschreiten der beiden Siegermächte aus. Dies setzte sich auch beim deutschen Eingreifen in den spanischen Bürgerkrieg und dem „Anschluss“ Österreichs fort.⁶ Die Bestimmungen des Versailler Vertrags galten auch bei Politikern der europäischen Siegermächte als teilweise nicht mehr haltbar. Frankreich und auch Großbritannien hatten zeitgleich mit eigenen innenpolitischen sowie außenpolitischen Problemen zu kämpfen. Zudem nahmen wirtschaftliche Schwierigkeiten den Handlungsspielraum für eine Fokussierung der militärischen Aufrüstung. Großbritannien musste in Übersee den Wandel seiner ehemaligen Kolonien verwalten.⁷ Als Höhepunkt der Appeasement-Politik gilt das Münchner Abkommen vom September 1938. Zuvor hatte Deutschland unter Verweis auf die Souveränität der Völker die Angliederung des Sudetengebietes gefordert. Hier lebten ungefähr 3,3 Millionen Sudetendeutsche. Das Gebiet war durch seine Industriestandorte und Verteidigungsanlagen wirtschaftlich sowie militärisch von Bedeutung. Hitler hatte bereits im Frühjahr 1938 die Wehrmacht darauf hingewiesen, dass diese sich auf eine Besetzung einstellen sollte. Das eigentliche Ziel war von Beginn an die Zerschlagung der gesamten Tschechoslowakei.⁸ Ohne eine Beteiligung der tschechoslowakischen Regierung wurde die Abtretung der geforderten Gebiete beschlossen. Der Vorschlag war von Deutschland selbst vorbereitet und von Italien eingebracht worden. Neville Chamberlain überzeugte, im Glauben, dass dies die letzten Forderungen der Deutschen seien, Frankreich und die Tschechoslowakei. Die Regierung der Tschechoslowakei erhielt dafür Sicherheitsgarantien von Frankreich und Großbritannien. Bereits im März 1939 besetzten deutsche Truppen die noch souveränen Gebiete Tschechiens und auch die Slowakei verlor ihre Unabhängigkeit.⁹ Die Appeasement-Politik, die vor allem von Neville Chamberlain (britischer Premierminister seit 1937) vertreten wurde, war bereits unter den Zeitgenossen umstritten. Winston Churchill, der spätere Nachfolger Chamberlains, sah die Appeasement-Politik als verfehlt an und forderte eine härtere Haltung gegenüber Deutschland. Auch in der heutigen Forschung ist diese Politik und besonders das Handeln Chamberlains im Kontext des Münchner Abkommens umstritten. Bernd Jürgen Wendt zeigt Verständnis für die Beschwichtigungsversuche, um einen Krieg zu verhindern. Dabei bezieht er die schwierigen wirtschaftlichen sowie politischen Situationen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs mit

⁵ Brechtken, S. 132ff.

⁶ Wendt 2000, S. 113f.

⁷ Wendt 2000, S. 112f.

⁸ Kershaw, S. 451ff.

⁹ Kershaw, S. 451ff.; Wendt 2000, S. 124f.

ein.¹⁰ Ian Kershaw knüpft an die Argumentation der schwierigen außenpolitischen, innenpolitischen und wirtschaftlichen Lagen Großbritanniens und Frankreichs an. Zugleich kritisiert er, dass Chamberlain die deutsche Seite unterschätzte und zu sehr auf sein eigenes diplomatisches Können vertraute, auch gegen den Rat seiner Berater. Im Münchner Abkommen sieht Kershaw ein Versagen der Westmächte, ihren Bündnisverpflichtungen beizustehen und der zunehmend aggressiveren deutschen Außenpolitik entgegenzutreten.¹¹

3. Lerngegenstand

Die hier skizzierte Stunde fällt in das Teilthema 2 „Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur“ der Jahrgangsstufe 12/2. Die Stunde knüpfte in dem Sinne an den Lehrplan an, dass sie den Weg in den 2. Weltkrieg im Kontext des Handelns der europäischen Mächte in den Fokus rückt.¹² Im Teilthema 2 der 12/2 werden explizit die „Ziele und Methoden von Hitlers Außenpolitik in den Jahren 1933 bis 1939 erkennen“ als Lernziele benannt.¹³ Zudem fordert der Lehrplan für die gesellschaftlichen Fächer in der MSS in Bezug auf das Fach Geschichte die Vertiefung der Urteilsfähigkeit der SuS am Beispiel konkreter Prozesse.¹⁴ Die Stunde entspricht dieser Anforderung des Lehrplans. Zugleich wird unter den Leitkategorien der „Prozesscharakter“ und die „Komplexität“ des Fachs Geschichte betont.¹⁵

Die Stunde stellt für die SuS eine durchaus hohe Relevanz dar. Sie ermöglicht das tiefere Durchdringen und Hinterfragen von Entscheidungen auf Seiten Deutschlands und der Siegermächte bezüglich der außenpolitischen Entwicklungen in Europa von 1933 bis 1939. Die SuS werden dahingehend gefordert, die reine Ebene des Sachwissens zu verlassen und eigene Argumente zu formulieren, zu begründen sowie zu gewichten. Sie müssen zugleich die vorgebrachten Argumente ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler kritisch reflektieren. Durch das Formulieren möglicher Handlungsalternativen verliert die Entwicklung der NS-Außenpolitik von 1933 bis 1939 ihren rein chronologischen und ereignisgeschichtlichen Charakter. Zudem werden die Sichtweise und die innen- und außenpolitische Situation Frankreichs und Großbritanniens miteinbezogen, welche zum Verständnis unentbehrlich sind. Ein Gegenwartsbezug ist bedingt durch die außenpolitischen Spannungen und Eskalationen der letzten Jahre gegeben. Hier sind in erster Linie der Ukraine-Konflikt und die Spannungen um die Souveränität Taiwans zu nennen. In diesem Zusammenhang wurden unterschiedliche Haltungen der westlichen Demokratien diskutiert. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 steht die europäische Politik der letzten Jahrzehnte gegenüber beiden Konfliktparteien zur Diskussion.

¹⁰ Wendt 2003

¹¹ Kershaw, S. 457f.

¹² MfB, 2011, S. 50.

¹³ MfB, 1998, S. 24.

¹⁴ MfB, 2011, S. 7.

¹⁵ MfB, 1998, S. 7.

Insbesondere die deutsche Haltung zu Russland ist in die Kritik geraten. Nach dem Einmarsch russischer Truppen stehen regelmäßig Debatten über die Grenzen der militärischen Unterstützung und mögliche Friedensverhandlungen im Fokus der öffentlichen Debatte. Ein Gegenwartsbezug in diesem Sinne ist bewusst nicht geplant und soll innerhalb der Stunde vermieden werden. Jedoch müssen die aktuellen internationalen Konflikte bei der Planung der Stunde mitgedacht werden, auch aus Sicht der SuS.

Im Sinne Pandel wird in der Stunde das politische Bewusstsein gefördert, jedoch nicht im Sinne einer Verteilung und Legitimierung von Macht innerhalb einer Gesellschaft. Vielmehr wird das politische Bewusstsein auf die internationale Ebene bezogen. Pandel betont im Kontext des politischen Bewusstseins die Verknüpfung mit den Dimensionen Identität und Moral. Auch diese lassen sich mit einbeziehen (Identität: Für und gegen wen wird Außenpolitik gemacht? / Moral: Was ist gute und was ist schlechte Außenpolitik?).¹⁶ Nach Oswalt entspricht die Stunde dem Problemtyp.¹⁷

4. Lehr-Lern-Prozess

Die Phase *Ankommen im Lernkontext* ist bewusst mit einem wertenden Zitat zur Appeasement-Politik gestaltet. Dieses soll in Kombination mit dem stummen Impuls die SuS aktivieren und an ihr Vorwissen anknüpfen. Wenn zu Beginn zu wenige Meldungen erkennbar sind, kann eine kurze Murrephase eingeleitet werden. Alternativ kann der Lerngruppe klar mitgeteilt werden, dass es noch zu wenige Meldungen sind und ich noch auf weitere Beteiligungen warte. An dieser Stelle bietet sich auch die Option, eine/n der stilleren beziehungsweise leistungsschwächeren SuS bewusst dranzunehmen, da hier die Hürde noch sehr niedrigschwellig ist. In Anlehnung an den Chemieunterricht habe ich auch in den Geschichtsstunden auf eine Meldekette gesetzt, besonders in den ersten beiden Phasen. Dies soll nun geändert werden und die SuS werden von mir drangenommen. Dadurch wird verhindert, dass die leistungsstarken Mitglieder des Kurses früh zu Wort kommen und die leistungsschwächeren Lernenden ihre Beiträge anschließend zurücknehmen. Die Idee zum Einstieg beruht auf einer Aufgabe des Schulbuchs Horizonte SII. Das dort wiedergegebene Urteil des Historikers Frank McDonough ist explizit auf die Person Neville Chamberlains bezogen, welcher erst ab 1937 britischer Premierminister war.¹⁸ Damit von Beginn an die gesamte NS-Außenpolitik und Appeasement-Politik im Fokus steht, ist der Einstieg dementsprechend angepasst worden.

Der Übergang in die *Erschließungsphase* kann durch einen Impuls gezielt initiiert werden. Es ist wahrscheinlicher, dass die SuS selbstständig Stellung zum Zitat nehmen. Erste einzelne abwägende und wertende Urteile der leistungsstarken SuS bezüglich der Appeasement-Politik kamen bereits in der vorangegangenen Lerneinheit „Zwischen Revision und Expansion. Die NS-Außenpolitik von 1933 bis

¹⁶ Pandel, S. 145f.

¹⁷ Oswalt, S. 24ff.

¹⁸ Horizonte, S. 401.

1939“. Daran könnte an dieser Stelle angeknüpft werden. In dieser Phase soll nochmals kurz auf die Grundlagen der NS-Außenpolitik (Ziel/öffentliche Darstellung/Verschleierung) sowie die Grundsätze der Appeasement-Politik eingegangen werden. Dieser Rückgriff könnte aufgrund der oben geschilderten Unterrichtssituation notwendig werden. Zur Sicherung des nötigen Fachwissens wurde den SuS ein zusammenfassendes Blatt mit den Grundlagen der NS-Außenpolitik und der Appeasement-Politik ausgegeben und online bereitgestellt.

Die Überleitung in die Phase *Lernprodukt erstellen* erfolgt durch die Anknüpfung an SuS-Aussagen zum Einstiegszitat. Die Arbeitsaufträge werden kurz erläutert. Auf zusätzliches Material, beispielsweise ein Historikerurteil zur Appeasement-Politik, wird bewusst verzichtet. Um dem Material gerecht zu werden, müsste eine Art Leseprodukt erstellt werden, um anschließend die Argumente zu sammeln, zu bündeln und auszuscharfen. Diese Vorgehensweise würde einen signifikanten Teil der Unterrichtszeit kosten, ohne zwangsläufig die Qualität des Lernprodukts zu erhöhen. Die SuS haben bereits gezeigt, dass sie auf Basis des bereits bearbeiteten Materials Argumente formulieren und diskutieren können. Als Alternative könnte das Historikerurteil von Bernd Jürgen Wendt verwendet werden.¹⁹ Die ersten Stellungnahmen zur Appeasement-Politik aus der Vorstunde ließen die Frage nach der militärischen Stärke Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens als zu berücksichtigender Faktor offen. Dies kann als kurzer Materialimpuls einfließen, um die Fachtiefe und Argumentation zu untermauern. Zuerst sollen Argumente für und gegen das Einstiegszitat gesammelt werden. Diese werden dann in einem Zwischenplateau an der Tafel gesammelt, gebündelt und ausgeschärft. Die kurze Murrephase soll den SuS Zeit geben, um sich über die Argumente auszutauschen, um anschließend die Diskussion ins Plenum zu verlagern. Für die Strukturierung der Diskussion und zur Erhöhung der Fachtiefe werden Kategorien angegeben.

5. Geplanter Stundenverlauf

Phase	Lehr-Lern-Prozess	Steuerung	Sozialform
Ankommen im Lernkontext	Die SuS äußern sich zum Zitat.	<u>Material:</u> M 1 <u>Personal:</u> stummer Impuls	oUG
Erschließungsphase	Die SuS erschließen sich das Einstiegszitat, indem sie mögliche Argumente für das Zitat benennen. Sie äußern sich kritisch zum Zitat und eröffnen eventuell erste alternative Positionen.	<u>Material:</u> M 1 <u>Personal:</u> L: „Fasst kurz die Grundlagen der NS-Außenpolitik zusammen.“	oUG

¹⁹ Gentner, Elisabeth: Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert. Stationen gemeinsamer Geschichte, Gbu 6/2015, S. 9.

	Sie gehen kurz auf die Grundlagen der NS-Außenpolitik und der Appeasement-Politik ein.	L: „Geht kurz auf die Grundlagen der Appeasement-Politik ein.“ L: „XY, du hast bereits Kritik geäußert. Daran knüpfe ich gerne an. Sammelt Argumente, welche für und gegen die Appeasement-Politik sprechen.“	
Lernprodukt erstellen	Die SuS sammeln Argumente für und gegen die Appeasement-Politik. Diese Argumente werden während eines kurzen Zwischenplateaus gesammelt, gebündelt und ausgeschärft. Die SuS erhalten in einer kurzen Murrephase Zeit, sich über die visualisierten Argumente auszutauschen.	<u>Material:</u> Die Argumente der SuS an der Tafel. <u>Personal:</u> L. hält Argumente der SuS an der Tafel fest.	PA
Lernprodukt diskutieren	Die SuS beurteilen die Appeasement-Politik.	<u>Material:</u> Die Argumente der SuS an der Tafel <u>Personal:</u> L: „Beurteilt die Appeasement-Politik.“	gUG

Literatur:

Brechtken, Die nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1945, Darmstadt 2004.

Corvisier André: *Histoire militaire de la France. De 1871 à 1940, Bd. 3*, Paris 1992.

Gentner, Elisabeth: *Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert. Stationen gemeinsamer Geschichte*, Gbu 6/2015.

Hofer, Walther (Hrsg.): *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 – 1945*, über. Neuaufl., München 1982.

Kershaw, Ian: *Höllenzug. Europa 1914 bis 1949*, Bonn 2016.

Ministerium für Bildung, Rheinland-Pfalz: *Lehrplan Gemeinschaftskunde*, Mainz 1998.

Ministerium für Bildung, Rheinland-Pfalz: *Lehrplananpassung. Gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld*, Mainz 2011.

Mueller-Hillebrand, Burkhardt: *Das Heer 1933 - 1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaus. Das Heer bis zum Kriegsbeginn*, Bd. 1, Darmstadt 1954.

Oswalt, Vadim: Planung von Unterrichtseinheiten. Wie man Geschichte (an)ordnen kann, Schwalbach/Ts. 2016.

Pandel, Hans-Jürgen: Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis, Schwalbach/Ts. 2013.

Wendt, Bernd Jürgen: Das nationalsozialistische Deutschland, Opladen 2000.

Wendt, Bernd Jürgen: Deutschlands Weg in den Zweiten Weltkrieg, in: Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand, Dresden 2003.

Material:

Arbeitsblätter und Texte aus den Vorstunden:

Maßnahmen von 1933 bis 1939: Revisions- und Expansionspolitik

Die ersten außenpolitischen Maßnahmen der NS-Regierung standen unter dem Zeichen einer Loslösung von den Bestimmungen des Versailler-Vertrages. Nach dem Vorbild Japans verließ das Deutsche Reich im Oktober 1933 den Völkerbund. Im März 1935 wurde das Saargebiet nach einer Volksabstimmung wieder in das Reich eingegliedert, am 16. März 1935 die
5 allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, im März 1936 das Rheinland remilitarisiert. Der Austritt aus dem Völkerbund, die Wiedereinführungen der allgemeinen Wehrpflicht und die Remilitarisierung des Rheinlandes verstießen gegen den Versailler-Vertrag. Weil Hitler in öffentlichen Reden und Rundfunkansprachen seine Schritte mit dem Wunsch nach internationaler Gleichberechtigung und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker
10 rechtfertigte, reagierte das Ausland auf seine Vertragsbrüche nur mit schwachem Protest und einer Beschwichtigungspolitik („Appeasement“), die deeskalierend wirken sollte. Die neuen internationalen Abkommen des Deutschen Reiches verschleierten zunächst die radikalen Zielsetzungen der Außenpolitik. Bereits im April 1933 verlängerte Hitler den Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion; im Juli 1933 wurde im sogenannten
15 „Viererpakt“ mit Frankreich, Großbritannien und Italien vereinbart, internationale Fragen gemeinsam zu beraten und den Frieden zu wahren. Dieser Vertrag wurde jedoch nie ratifiziert. Im Januar 1934 schloss Hitler überraschend einen Nichtangriffspakt mit Polen, im Juni 1935 ein Flottenabkommen mit Großbritannien. Das Flottenabkommen mit Großbritannien verstieß ebenfalls gegen den Versailler-Vertrag.
20 Während die Olympischen Spiele im Sommer 1936 in Berlin vor der Weltöffentlichkeit die Friedfertigkeit und „neue Gesellschaft“ des Deutschen Reiches mittels eines groß angelegten Propagandaapparates zur Schau stellen sollten, unterstützte das Deutsche Reich bereits den Putschistengeneral Franco im Spanischen Bürgerkrieg. Die deutsche Luftwaffe wirkte im April 1937 maßgeblich bei der Zerstörung der nordspanischen Industriestadt Guernica mit. Im März
25 1938 wurde der „Anschluss“ Österreichs vollzogen, der für das Deutsche Reich wirtschaftliche, demografische und geostrategische Vorteile bedeutete. Der Versailler-Vertrag hatte eine solche Verbindung nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges strikt untersagt. Diejenigen Deutschen, die in Hitlers außenpolitischen Maßnahmen zunächst ein hohes Risiko gesehen hatten, wurden angesichts dieser „Erfolge“ überzeugt.
30 Von dem geringen internationalen Widerstand und der breiten Zustimmung der deutschen Bevölkerung ermutigt, erlangte Hitler im Münchner Abkommen im September 1938 das Einverständnis Großbritanniens, Frankreichs und Italiens, das Sudetenland ins Deutsche Reich einzugliedern. Gegen das öffentliche Versprechen, dass dies die letzte territoriale Forderung des Deutschen Reiches wäre, wurde das Gebiet mit ca. 3,2 Millionen Sudetendeutschen,
35 wichtigen Industriezweigen und Rohstoffen von der Tschechoslowakei abgetrennt, zu der es seit dem Ende des Ersten Weltkriegs gehört hatte. Kurz vor Beginn der Konferenz erklärte Hitler öffentlich: „Ich habe Chamberlain versichert, dass das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden.“ Der britische Premierminister Neville Chamberlain überredete die französische und tschechoslowakische Regierung, Hitlers Forderungen nachzukommen, um den Frieden zu
40 wahren. In einem Akt von Appeasement stimmten Großbritannien, Frankreich und Italien der

Abtretung zu, z. T. unter Missachtung eigener Bündnisverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Regierung hatte zuvor nicht an den Besprechungen zum Münchner Abkommen teilgenommen. Das Sudetenland wurde am 1. Oktober von deutschen Truppen besetzt. Als Hitler sich zur Sicherung von Rohstoffen und Industrieanlagen und zum Ausbau einer geostrategischen Machtposition für den beabsichtigten Krieg im Osten dann die Zerschlagung der „Resttschechei“ vornahm, kam es schließlich aber doch zum Bruch mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. In der Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 musste der tschechische Staatspräsident Emil Hácha, der nach Berlin gereist war, um mit dem Deutschen Reich friedliche Beziehungen zu vereinbaren, unter Androhung eines Einmarsches der Wehrmacht und eines Luftangriffes auf Prag kurz vor vier Uhr morgens unterschreiben, dass er „das Schicksal des tschechischen Volkes vertrauensvoll in die Hände des Führers“ lege. Bereits um sechs Uhr morgens überschritten deutsche Truppen die Grenze, am Abend traf Hitler auf der Prager Burg ein, um hier Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ zu verkünden.

(Quelle: Horizonte SII, 2016 u. Zeiten und Menschen 2, 2006)

Quellen zur deutschen Außenpolitik:

18.5 Die NS-Außenpolitik – reale Absichten

Anlässlich eines Treffens Hitlers mit höchsten Befehlshabern des Heeres und der Marine hält Generalleutnant Curt Liebmann Hitlers Ausführungen fest (3. Februar 1933):

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern: Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur d. Les zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Beweg. Sie wird wachsen.) Erziehung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- u. Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung.
- 15 Beseitigung des Krebsgeschadens der Demokratie!
2. Nach außen: Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen.
3. Wirtschaft: Der Bauer muss gerettet werden! Siedlungs-

20 politik! Künfte, Steigerung d. Ausfuhr zwecklos; Aufnahmefähigkeit d. Welt ist begrenzt u. Produktion ist überall übersteigert. Im Siedeln liegt einzige Mögl., Arbeitslosenheer z. T. wieder einzuspannen. Aber braucht Zeit u. radikale Änderung nicht zu erwarten, da Lebensraum für (deutsches) Volk zu klein.

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiederrichtung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muss wieder kommen. Zu vor. durch Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gifte verfallen. Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraumes im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, dass erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Ausflüßmittel. Wehrmacht ist wichtigste u. sozialistischste Einrichtung d.

18.6 Die nationalsozialistische Außenpolitik – öffentliche Darstellung

Hitler in seiner sogenannten „Friedensrede“ am 17. Mai 1933 im Reichstag:

Wenn ich in diesem Augenblicke bewusst als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten nationalen Erhebung bekunden, dass gerade uns und dieses junge Deutschland das tiefste Verständnis besetzt für die gleichen Gefühle und Gesinnungen sowie die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. [...] Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefstem innerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.

Wir kennen daher auch nicht den Begriff des „Germanisierens“. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der man glaube, vielleicht aus Polen oder Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. Wir sehen die europäischen Nationen als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker und wir wissen, dass kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück gewesen, wenn im Verträge von Versailles diese Realitäten auch in Bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. [...] Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden. [...]

Das Recht aber, eine Revision dieses Vertrages zu fordern, liegt im Verträge selbst begründet. [...] Das Elend der Völker

Staates. Sie soll unpol. u. überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationsnen. Anders wie in Italien keine Verquickung v. Heer u. SA beabsichtigt. – Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Frankreich) Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen [vermutlich mit Ost-Trabanten].

Walter Hofer (Hg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, überarbeitete Neuauflage, Frankfurt a. M. 1982, S. 180f.

30 wurde nicht behoben, sondern hat zugenommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte als die beabsichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. [...] Deutschland wäre auch ohne Weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das Gleiche tun. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen, dann muss Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. [...]

40 Die deutsche Regierung wünscht, sich über alle schwierigen Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur mit den anderen Nationen friedlich und vertraglich auseinanderzusetzen. [...]

Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, dass man dem früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, dann haben wir die Folgen und die Auswirkungen dieser Sympathien in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennen gelernt. Seit dem Friedensverträge von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend erlitten, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörte Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen – ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte: Seit dem Tag der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk fast nur aus Not und Elend

224.900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen, Männer und Frauen, Greise und Kinder! Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit sich einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland Heil und Segen versprochen hatten.

Herbert Michaelis und Ernst Schrapler (Hg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung durch den Zweiten Weltkrieg, 10. Band, Berlin 1965, S. 9f., 12–14.

Kurze Zusammenfassung durch die Lehrkraft:

(Wurde den SuS online und ausgedruckt bereitgestellt)

Die NS-Außenpolitik:

- April 1933: Frieden- und Freundschaftsvertrag mit SU
- Juli 1933: „Viererpakt“ (GB, I, F, D) zur Sicherung des Friedens → **nie ratifiziert**
- Oktober 1933: Austritt aus dem Völkerbund
- Januar 1934: Nichtangriffspakt mit Polen
- März 1935: Anschluss des Saargebietes durch Volksabstimmung
- Einführung der allgemeinen Wehrpflicht → **Verstoß gegen VV**
- Juni 1935: Flottenabkommen mit GB (GB verstößt dabei selbst gegen VV) → **Verstoß gegen VV**
- 1936: Remilitarisierung des Rheinlandes → **Verstoß gegen VV**
- Sommer 1936: Olympische Spiele
- gleichzeitig Beteiligung am Bürgerkrieg in Spanien
- März 1938: „Anschluss Österreichs“ → **Verstoß gegen VV**
- **Münchener-Abkommen:**
 - beteiligte Staaten: GB, F, I, D (Tschechoslowakei ist nicht beteiligt)
 - Beschluss, dass Sudetengebiet von Tschechoslowakei an D abgetreten wird
 - Vorschlag war von D erarbeitet und von I eingebracht worden
 - Tschechoslowakei erhält dafür Sicherheitsgarantien von GB und F
 - **Neville Chamberlain** als treibende Kraft hinter der **Appeasement-Politik**
 - Chamberlain überzeugt F und tschechoslowakische Regierung von Abkommen zur Sicherung des Friedens
 - F und GB verstoßen mit Münchener Abkommen beide **gegen VV**
 - **März 1939: D marschiert in die „Resttschechei“ ein und verstößt damit gegen Münchener Abkommen**

Appeasement-Politik:

(engl. = Beschwichtigung) Bezeichnung für die konzessionsbereite britische Außenpolitik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die vor allem von Chamberlain vertreten wurde. Chamberlain machte Zugeständnisse gegenüber der NS-Außenpolitik, weil er hoffte, Deutschland dadurch von einer kriegerischen Durchsetzung seiner Ziele abhaken zu können (Sudetenkrise, Münchener Abkommen 1938)

(Quelle: Horizonte SII, 2016, S. 394, teilw. abgeändert).

Infos zu Frankreich und Großbritannien in den 1930er Jahren:

Beide Staaten hatte mit innenpolitischen, außenpolitischen sowie wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Großbritannien war zudem mit der Zukunft seines Kolonialreichs beschäftigt.

M 1: Mögliche Einstiegszitate

Die Appeasement-Politik hat, durch ständiges Nachgeben auf Druck einer aggressiven Macht Krieg nur verzögert, ihn aber nicht verhindert. (zit. nach Horizonte SII, 2016, Frank McDonough, abgeändert)

Alternative:

Neville Chamberlain hat nicht verstanden, dass sein ständiges Nachgeben auf Druck einer aggressiven Macht Krieg nur verzögere, ihn aber nicht verhindere. (zit. nach Horizonte SII, 2016, Frank McDonough)

M 2: Mögliche Aufgabenstellung

Beurteilt die Appeasement-Politik. Geht folgendermaßen vor:

1. **Formuliert** Argumente für und gegen die Anwendung der Appeasement-Politik.
(Partnerarbeit)
2. **Beurteilt** die Appeasement-Politik. Beachtet dabei die Kategorien:
 - moralisch
 - politisch
 - Wirkung

M 3: Informationen zur Entwicklung der Landstreitkräfte (Deutschland, Frankreich, Großbritannien)

Entwicklung der Landstreitkräfte (Anzahl der Soldaten) in Deutschland, Frankreich und Großbritannien:

Jahr	Deutschland	Großbritannien	Frankreich
1934	250.000		425.000
1935	400.000		
1936	520.000		510.000
1937	550.000		
1938	570.000		565.000
1939	730.000	225.000	600.000

Anmerkung für Großbritannien: Für die Jahre vor 1939 konnten keine validen Zahlen gefunden werden. Die Zahl der Landstreitkräfte lag in Großbritannien vor 1939 wahrscheinlich nicht über 225.000, da das Militär seit Ende des 1. Weltkrieges abgerüstet wurde.

Antizipiertes Lernprodukt:

- Appeasement-Politik hat den Frieden für einige Jahre noch gesichert
- Appeasement-Politik hat GB und F Zeit verschaffen, um sich um eigene wirtschaftliche und politische Probleme zu kümmern
- Appeasement-Politik ist aus Sicht von F und GB nachvollziehbar
- F und GB haben ihre eigenen Verträge (VV) und Werte untergraben
- kommen den Bündnisverpflichtungen gegenüber Tschechien nicht nach
- opfern Teile eines anderen Staates/Preisgabe eines Staates zur Sicherung der eigenen Interessen
- GB und F sind gegenüber D zu naiv/glauben, D beschwichtigen zu können
- Ausbleiben von Sanktionen bei Verstößen D gegen VV fahrlässig
- D erringt gute strategische Ausgangsposition für geplanten Krieg